

Söder auf KZBV-Vertreterversammlung: „Wir werden die Budgetierung abschaffen“

Unter dem Applaus der Delegierten kündigte der bayerische Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, Markus Söder, zum Auftakt der zwölften Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) in München die Abschaffung der Budgetierung in der zahnärztlichen Versorgung an. Dies sei eine klare Aussage, die „von allen Partnern“ der neuen Bundesregierung getragen werde.

Das Gesundheitswesen müsse in Zukunft nach dem Grundsatz „Regionalität statt Zentralismus“ ausgerichtet werden. Es gelte, Bürokratie abzubauen, Freiberuflichkeit und Selbstverwaltung zu stärken. Söder versprach „eine neue Form der Partnerschaft“ mit den Trägern der Selbstverwaltung. Man sei einig in dem Ziel, „für den Patienten das Beste zu erreichen.“

+++++

Vertreterversammlung billigt Stufenkonzept für Anhebung der Ost-Honorare und Budgetabschaffung

Die Delegierten bewerteten die Vereinbarungen zur Gesundheitspolitik im Koalitionsvertrag positiv, mahnten aber zugleich eine zukunftsorientierte Gesundheitspolitik an, die die demographische Entwicklung, den wissenschaftlichen Fortschritt und die Finanzierbarkeit der medizinischen Leistungen im Blick behält. Die Zahnärzteschaft sei auf der Basis ihres Reformkonzeptes ‚Perspektive Mundgesundheit‘ „bereit, in einem konstruktiven Dialog mit der Politik die dringend notwendigen Reformen voranzubringen.“ Insbesondere gelte es neben der Abschaffung der Budgetierung auch die „Anhebung der Vergütungen in den neuen Bundesländern und Berlin auf das West-Niveau“ umzusetzen.

Sollten diese Forderungen gegenüber der Politik nicht ohne zusätzliche Steuerungselemente umsetzbar sein, „richtet sich die primäre Forderung auf den Ausgleich der strukturbedingten Budgetverwerfungen sowie auf Festzuschussysteme auf der Grundlage regional vereinbarter Punktwerte“. Das Zahnärzteparlament beauftragte den Vorstand der KZBV „mit der weiteren Ausgestaltung eines Festzuschussystems für Füllungen“ in der GKV-Versorgung. Es solle entsprechend dem vorgelegten Stufenplan „auf der Grundlage regional vereinbarter Punktwerte“ als Steuerungselement in die vertragszahnärztliche Versorgung eingeführt werden.

+++++

Selektivverträge mit Management-Gesellschaften verurteilt

Einstimmig verurteilten die Delegierten „von Managementgesellschaften gesteuerte Selektivverträge, die keine Verbesserung der Patientenversorgung bringen, die freie Arzt- und Therapiewahl einschränken, die Absenkung der zahnärztlichen Vergütung und Preisdumping zum Ziel haben“. Der Vorstand der KZBV wurde aufgefordert, sich für faire Wettbewerbsbedingungen einzusetzen und gegen Einzelverträge, die die Versorgungsqualität gefährden.

+++++

Abschaffung der Praxisgebühr eingefordert

Die Delegierten forderten „den Gesetzgeber auf, die Praxisgebühr in der vertragszahnärztlichen Versorgung abzuschaffen.“ Da das Phänomen des doctor hopping, zu dessen Eindämmung sie 2004 eingeführt wurde, in der zahnärztlichen Versorgung weitestgehend unbekannt sei, entfalte die Gebühr hier keine Lenkungswirkung. Vielmehr erschwere sie die Versorgung von Angstpatienten und Hochrisikopatienten aus sozial schwachen Bevölkerungsgruppen, indem sie Zugangsbarrieren erhöhe und dazu beitrage, dass notwendige Zahnbehandlungen nicht durchgeführt oder verschoben würden.

+++++

Stopp der elektronischen Gesundheitskarte angemahnt

Einhellig begrüßten die Delegierten, „dass die Bundesregierung die Intention der Leistungsträgerorganisationen aufgegriffen hat, die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte einer Überprüfung zu unterziehen.“ Da die Karte weder für Patienten noch für Zahnärzte entscheidende Verbesserungen bei Qualität und Wirtschaftlichkeit der Versorgung bringe, sei „von der Einführung weiterer Anwendungen der eGK Abstand zu nehmen und die angekündigte Bestandsaufnahme zu beginnen.“ Soweit die Einführung zusätzlicher Funktionen nach der Bestandsaufnahme nicht gestoppt werde, müsse „die Unterstützung aller Anwendungen, die über das Auslesen der Versichertendaten aus der eGK hinausgehen, der freien Entscheidung des Zahnarztes überlassen“ bleiben.

+++++

Beitragssenkung angekündigt

Die Vertreterversammlung verabschiedete den Haushalt der KZBV für 2010. Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben erlaubt eine Reduzierung des monatlichen Finanzierungsbeitrages der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen an die KZBV. Er wird für das kommende Jahr um 0,20 Euro je Vertragszahnarzt gesenkt.